

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses

Datum: 15. Juli 2019

Beginn: 17:30 Uhr

Ort: Außenstelle Boschstraße 1,
Besprechungsraum 4.OG, 82178
Puchheim

Ende: 20:05 Uhr

Anwesend:

Erster Bürgermeister

Seidl, Norbert

Mitglieder des Sozialausschusses

Eger, Christine

Ehm, Rosmarie

Gigliotti, Gisella

Hoiß, Günter

Ostermeier, Maria

Strobl-Viehhauser, Sonja

von Hagen, Michaela

Wiesner, Marga

Wuschig, Wolfgang

Berufsmäßige Stadträte

Tönjes, Jens

Schriftführer/in

Kulzinger, Martin

Abwesende und entschuldigte Personen:

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung	
TOP 2	Bericht aus dem Familienstützpunkt Puchheim in Trägerschaft des Vereins Puchheimer Kinderreich e.V.	
TOP 3	Einrichtung von Außensprechstunden der Ökumenischen Erziehungsberatung Fürstenfeldbruck	2019/0964
TOP 4	Beratungsangebot der Fachstelle für pflegende Angehörige	2019/0954
TOP 5	Aktionsplan Inklusion (Mobilität) - Barrierefreiheit in Puchheim	2019/0961
TOP 6	Sachstandsbericht Kindertagesbetreuung und Schulen	
TOP 7	Mitteilungen und Anfragen	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Veranstaltung um 17.47 Uhr. Er entschuldigte sich für den verspäteten Beginn der Veranstaltung, vor der Veranstaltung fand mit den Ausschussmitgliedern eine Besichtigung der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in der Siemensstraße 4 statt. Der Vorsitzende stellte die Anwesenheit aller Ausschussmitglieder und somit die Beschlussfähigkeit fest. Änderungen zur Tagesordnung wurden keine gemeldet. Das Protokoll der Ausschusssitzung vom 04.02.2019 wurde mit einem Änderungsvorschlag im Absatz zur Vergabe der Trägerschaft der Mittagsbetreuung genehmigt. Der Vorsitzende begrüßte daraufhin die Mitglieder des neu gewählten Seniorenbeirats, die Mitglieder des Behindertenbeirats sowie weitere Gäste und die Presse.

TOP 2 Bericht aus dem Familienstützpunkt Puchheim in Trägerschaft des Vereins Puchheimer Kinderreich e.V.

Frau Kastrup, die Leiterin des Familienstützpunkts Puchheim, stellte das Angebot des Stützpunktes anhand einer Präsentation vor. Der Familienstützpunkt stehe unter der Trägerschaft des Puchheimer Kinderreichs e.V. und existiere seit dem Jahr 2017, berichtete sie. Die Aufgaben des Familienstützpunkts lasse sich den drei Säulen „Beratung“, „Familienbildende Angebote“ und „Vernetzung innerhalb der Stadt Puchheim und im Landkreis“ zuordnen. Der Familienstützpunkt biete Öffnungszeiten von neun Stunden pro Woche, die sich auf Dienstagvormittag und Donnerstagnachmittag aufteilen, so Frau Kastrup. Er biete niedrigschwellige Angebote für Familien sowie Beratung bei Erziehungsfragen und bei Konflikten im Familienumfeld. Hier sei es Aufgabe des Stützpunktes zu klären, was die jeweilige Familie benötige, und welche Angebote die Familie in dieser Situation unterstützen könnten (Lotsenfunktion). Wichtig sei es auch, den Prozess der Weitervermittlung an die verschiedenen Fachstellen wie z.B. das Amt für Soziales der Stadt zu begleiten. So stellt Frau Kastrup im Idealfall einen direkten Kontakt zwischen den Familien bzw. Familienmitgliedern und der entsprechenden Einrichtung her. Frau Kastrup stellte einige Zahlen zur Frequentierung des Familienstützpunktes vor. StRin von Hagen fragte nach, ob die Öffnungszeiten von neun Stunden für die Beratungen ausreichend wären. Frau Kastrup bejahte dies, über Anrufbeantworter oder per Mail werden Terminanfragen außerhalb der Öffnungszeiten aufgenommen und entsprechend terminiert. Der Vorsitzende fragte Frau Kastrup nach den aktuellen Fallzahlen, woraufhin Sie erklärte, dass seit Anfang des Jahres bereits ca. 82 Beratungen stattgefunden haben. Anschließend stellte Frau Kastrup die Anliegen der Klienten thematisch vor, wobei Fragen zu den Angeboten in Puchheim an erster Stelle stehen, gefolgt von den Themenbereichen Schwangerschaft und Geburt sowie Freizeit. Im Bereich der Alltagskompetenz treten häufig Anfragen von Familien mit Migrationshintergrund auf, die Sprachkurse suchen. Seit einem Jahr biete der Familienstützpunkt einen Babysitter Kurs an. Absolventen des Kurses können im Familienstützpunkt an Eltern vermittelt werden, die einen Babysitter benötigen. Im Bereich der Familienbildenden Ange-

bote, führte Frau Kastrup aus, gebe es regelmäßige Angebote wie beispielsweise den multikulturellen Treff, das Babycafe, Ferienangebote für Kinder und Familien, Abende für Eltern und Veranstaltungen zu spezifischen Themen sowie gemeinsame Feste und Begegnungen wie beispielsweise der Tag der Nachbarn. Auf Nachfrage von StR Hoiß erläuterte die Referentin, dass sich über das Online Portal „Nebenan.de“ Menschen innerhalb einer Nachbarschaft miteinander vernetzt können. Eine Veranstaltung wie der Tag der Nachbarn kann ebenfalls auf dieser Plattform bekannt gemacht werden, mit dem Ziel, die natürliche Nachbarschaft zu pflegen.

Die Referentin präsentierte sodann einen Überblick über die einmaligen Veranstaltungen, die über das Jahr verteilt vom Familienstützpunkt angeboten werden. Neben den Veranstaltungen für Eltern mit Kindern werden auch Angebote für Großeltern angeboten. Anschließend stellte Frau Kastrup die Kooperationspartner des Familienstützpunktes innerhalb der Stadt sowie im Landkreis Fürstfeldbruck vor. StR Wuschig merkte an, dass es zwischen den Angeboten des Familienstützpunktes und dem Jugendzentrum sowie dem ZAP beispielsweise beim Ferienprogramm Überschneidungen geben würde. Frau Kastrup erklärte, dass das JUZ als Hauptorganisator des Ferienprogramms zusätzliche Angebote begrüßen würde. Zudem seien die Ferienangebote im Familienstützpunkt hauptsächlich Familienangebote, während sich die Angebote des Jugendzentrums an die Kinder ab 6 Jahren und Jugendlichen richte. Aber auch Kooperationsprojekte zwischen Familienstützpunkt und dem Jugendzentrum seien geplant, so beispielsweise im November bei dem Kicker Turnier für Väter mit Kindern im Rahmen des Programms „Väter in Aktion“ des Landratsamtes Fürstfeldbruck. StRin Eger erkundigte sich, wie häufig die Babysitter in der Regel tätig werden. Hier erläuterte Frau Kastrup, dass der Familienstützpunkt lediglich die Vermittlung übernehmen würde und die Absprachen zu den Terminen zwischen Babysittern und Familien bleiben würden. Der Vorsitzende bat Frau Kastrup, die Funktion des Familienstützpunktes kurz zusammenzufassen. Frau Kastrup nannte die Beratung in allen Fragen rund um Familie und die Prävention als wichtigste Aufgabe. Der Vorsitzende fragte daraufhin, ob der Familienstützpunkt eine Rangierscheibe sei, die an die verschiedenen Stellen vermittele bzw. verteile. Frau Kastrup bestätigte, der Stützpunkt vermittele weiter an Stellen, die spezifisch in die Tiefe gehen. Als größte Aufgabe des Familienstützpunktes sehe sie jedoch, darüber zu informieren, was es für Familien in Puchheim alles an Möglichkeiten gebe. Der Vorsitzende sprach anschließend den Multitreff an, der im Familienstützpunkt stattfindet. Er hinterfragte, ob dadurch zwei parallele Strukturen zwischen dem Stützpunkt und dem ZAP geschaffen werden würden. StRin Gigliotti bestätigte diesen Eindruck. Frau Kastrup erwiderte, dass es regelmäßige Treffen zwischen dem Quartiersbüro und dem ZAP geben und auch über die jeweiligen Angebote der anderen informiert werden würde. Die Einrichtungen seien somit keine Konkurrenten, sondern sehen sich als Ergänzung. Der Vorsitzende merkte an, dass eine Koordinierung der Angebote nicht stattfindet, worauf Frau Kastrup entgegnete, dass jeweils bekannt sei, was die andere Einrichtung anbiete. StRin Gigliotti ergänzte, es habe den Anschein, als hätten die zwei Einrichtungen jeweils unterschiedliche Klientelen, die sich parallel zueinander entwickeln würden, ohne integrativ zu wirken. Frau Kastrup erklärte, dass bei dem Angebot des Multitreff Familien zusammenkommen, die sich miteinander treffen und sich gegenseitig unterstützen, dies sei durchaus integrativ und offen für alle Personen. StR Wuschig fragte, aus welcher Wohngegend die Klientel des Familienstützpunktes käme, worauf Frau Kastrup entgegnete, dass

mittlerweile Familien aus ganz Puchheim Bahnhof zu der Beratung kommen würden, auch Familien aus der Planie und aus der Siemensstraße. Hier fragte StR Wuschig, ob auch Personen aus dem Quartiersbüro zur Beratung in den Familienstützpunkt geschickt werden. Frau Kastrup bestätigte dies und ergänzte, dass es auch hier keine Konkurrenz gebe, da sie auch bereits Personen in das Quartiersbüro geschickt habe, beispielsweise zum Babycafe. StRin Ehm warf ein, dass Puchheim Ort letztendlich außen vor sei, da für diese Personengruppe dann der Weg zu weit sei. Sie schlug vor, die Möglichkeit zu prüfen, eventuell alle zwei Wochen eine Sprechstunde in Puchheim Ort anzubieten. Frau Kastrup entgegnete, dass dies sicherlich eine Möglichkeit sei um das Angebot auch in Puchheim Ort bekannt zu machen. Allerdings könnte es auch sein, dass bereits Personen aus Puchheim Ort in den Familienstützpunkt kommen, eindeutig nachvollziehen könne man den Wohnort der Personen nicht immer. Abschließend fragte der Vorsitzende Frau Kastrup, welche Bedarfe sie aktuell sehe. Frau Kastrup entgegnete, dass sie bei den Familien in der Siemensstraße Bedarf sehen würde und dass in der Grundschule Bedarf nach Deutschkursen bestehe.

TOP 3 Einrichtung von Außensprechstunden der Ökumenischen Erziehungsberatung Fürstentfeldbruck

Einführend erläuterte Herr Kulzinger, dass gemäß eines alten Rahmenvertrages die Erziehungsberatungsstellen an den drei Standorten Fürstentfeldbruck, Germering und Gröbenzell den Bedarf des gesamten Landkreises Fürstentfeldbruck abdecken. Die Beratungsstelle in Gröbenzell sei dabei vordergründig für Klienten aus Puchheim, Olching, Maisach und Gröbenzell vorgesehen. Der Trend im Rahmen von sozialräumlichen Ansätzen einer kommunalen und sozialen Infrastruktur entwickle sich zunehmend hin zur Dezentralisierung/Regionalisierung, Unterstützungsangebote seien demnach lokal verortet und damit im Lebensalltag präsent und leichter in Anspruch zu nehmen, so Herr Kulzinger. Hier würde sich jetzt die Möglichkeit bieten, das Angebot der Erziehungsberatungsstelle mit einer Außensprechstunde wieder in Puchheim zu verankern, um dadurch zu vermeiden, dass Personen mit Beratungsbedarf bis nach Gröbenzell fahren müssten. Herr Kulzinger übergab das Wort dann an die Fachdienstleitung der Caritas Fürstentfeldbruck für den Bereich Kinder und Jugendhilfe, Herrn Beer. Herr Beer ging kurz darauf ein, dass er die Möglichkeit einer Außensprechstunde der Erziehungsberatungsstelle in Puchheim begrüßen würde, da er sich dadurch erhoffe, ein Klientel zu erreichen, welches bisher nicht erreicht wurde. Er übergab anschließend das Wort an die Einrichtungsleitung der Erziehungsberatungsstelle Gröbenzell, Frau Scholpp-Stadler. Die Referentin stellte anhand einer Präsentation die Aufgaben der Erziehungsberatungsstelle vor. Die Familien kommen in erster Linie aus eigener Motivation zur Erziehungsberatungsstelle, es gibt aber auch Familien, die von den Kooperationspartnern wie den Schulen, den Kindertagesstätten und dem Jugendamt der Erziehungsberatungsstelle zugewiesen werden. In Zusammenarbeit mit den Familien werden durch die Erziehungsberatungsstelle Probleme diagnostiziert und behandelt. Treten Themen wie beispielsweise Suchtverhalten und Essstörungen auf, arbeitet die Erziehungsberatungsstelle eng mit den Fachstellen und Kliniken zusammen und vermittelt gegebenenfalls weiter. Ein mittlerweile großer Bereich in der Arbeit der

Erziehungsberatungsstelle sind Konflikte innerhalb der Familie, die häufig in Scheidung bzw. Trennung der Eltern endet. Auch Regenbogen- und Patchworkfamilien haben eine Anlaufstelle bei der Beratungsstelle. Die Erziehungsberatungsstelle bietet offene Sprechzeiten an, so kommen beispielsweise auch Jugendliche alleine oder in Begleitung einer Lehrkraft mit ihren Anliegen in die Erziehungsberatungsstelle. Zusätzlich haben sich im Laufe der Zeit auch Gruppenangebote und spezielle Beratungsangebote entwickelt, so Frau Scholpp-Stadler.

Herr Beer ging anschließend darauf ein, dass sich die Erziehungsberatungsstelle aktuell in Vertragsverhandlungen mit dem Jugendamt in Fürstenfeldbruck befinde und man noch keine Auskünfte darüber geben kann, mit welchem Stundenumfang die Außensprechstunde in Puchheim ab dem Herbst gestaltet werden kann. Die aktuelle Tendenz von Beratungsstellen gehe dahin, Außensprechstunden anzubieten, da sich abzeichne dass dadurch die Klientel besser erreicht werden könne. Da dies aber eine zusätzliche Finanzierung bedeute, muss diese Entwicklung auch vom Jugendamt Fürstenfeldbruck getragen werden.

Der Vorsitzende bedankte sich für Vorstellung des Tagesordnungspunktes und richtete die Frage an Herrn Beer, wie die personelle Besetzung der Beratungsstelle in Gröbenzell aktuell sei. Herr Beer erläuterte, dass momentan vier Mitarbeiter in Teilzeit mit insgesamt 80 Stunden pro Monat in Gröbenzell tätig seien. Ob die 80 Stunden auch zukünftig gesichert seien, fragte der Vorsitzende. Herr Beer erklärte, dies sei abhängig von den laufenden Verhandlungen. Aktuell, so der Vorsitzende, stelle Puchheim knapp 30 % der Fälle der Erziehungsberatungsstelle Gröbenzell und würde nach dem aktuellen Modell 20 Stunden, also 25% der verfügbaren Stunden für die Außensprechstunde in Puchheim bekommen. In Hinblick auf den Bedarf in Puchheim sei zukünftig eher mit mehr Stunden zu rechnen. Herr Beer entgegnete, dies sei organisatorisch zu klären. Es müsse gewährleistet sein, dass die Beratungsstelle Öffnungszeiten zu familienfreundlichen Zeiten anbieten könne. Der Vorsitzende sprach anschließend das Thema der Finanzierung der Erziehungsberatungsstelle an, so tragen die Kommunen die Mietkosten der Erziehungsberatungsstelle, während das Angebot selbst durch die Jugendhilfe finanziert wird. Herr Beer bestätigte dies, wies aber nochmals darauf hin, dass sich die Finanzierung gerade von einer Pauschalfinanzierung durch das Jugendamt hin zu einer Pro-Fall-Pauschale entwickle, hier so noch offen, wie sich das in finanzielle Mittel und Mitarbeiterstellen auswirken würde. StRin von Hagen fragte nach, ob auch zukünftig mit der Außensprechstunde in Puchheim eine Zusammenarbeit mit den anderen Stellen der Erziehungsberatung stattfinde und eine Nutzung aller Gruppen- und Beratungsangebot unabhängig vom Wohnort möglich seien. Herr Beer bestätigte dies und ergänzte, dass durch die Außensprechstunde in Puchheim zukünftig denkbar wäre, beispielsweise Gruppenangebote auch in Puchheim durchzuführen, sofern die Räumlichkeiten dies erlauben.

Der Vorsitzende fasste den Beschluss zusammen, für die Neuvertragsverhandlungen soll die Einrichtung einer Außensprechstunde in Puchheim berücksichtigt werden. Die Stadt Puchheim würde entsprechend die Miete für diese Außensprechstunde übernehmen. Die Stundenausstattung wird abhängig von den Ergebnissen der Vertragsverhandlungen eingeplant. In der anschließenden Diskussion warf StRin Gigliotti ein, dass sie das Angebot der Erziehungsberatungsstelle grundsätzlich gut finden würde, sie stellte allerdings klar, dass es eine Unterscheidung zwischen einem niedrighschwelligen

Angebot und Therapien geben würde. Herr Beer entgegnete, dass es sich bei der Niedrigschwelligkeit der Erziehungsberatungsstelle auf den Zugang zu dem Angebot beziehe. StRin Gigliotti richtete anschließend die Frage an den Sozialausschuss, dass hinsichtlich der Vielzahl an Angeboten eine Differenzierung, Vernetzung und Kooperation notwendig sei und dass zu klären wäre, was der Stadt die jeweiligen Angebote bringen würden. Eine Vernetzung dieser Angebote durch die Stadt Puchheim sei notwendig, denn wenn die Beratungsstellen in Puchheim isoliert arbeiten, stelle dies keine Hilfe für die Stadt dar. Der Bedarf für die Angebote sei sicherlich gegeben, aber es muss eine Struktur der Vernetzung in Form eines Konzeptes geben. Der Vorsitzende stimmte StRin Gigliotti zu, insbesondere wenn es um neue Einrichtungen geht, ist die Diskussion umso dringlicher.

Er warf den Gedanken auf, ob sich Einrichtungen nicht bündeln lassen um dadurch mehr Schlagkraft zu entwickeln, ein soziales Zentrum auch von der Verwaltungsseite sei bereits aufgebaut worden durch das eine stärkere Konzentration und Vernetzung stattfinden kann. Die Grundsatzfrage, wie eine Zusammenarbeit ausgestaltet wird, stelle sich in der nächsten Zeit. An diesem Thema sei die Stadt aber bereits dran. Herr Kulzinger ergänzte, dass es in Hinblick auf ein sozialräumliches Denken wichtig sei, diesen Prozess von Seiten der Stadt zu steuern. Durch bestehende Anträge wie die Prävention von Kinderarmut oder Vorhaben wie die Kinderfreundliche Kommune sei bereits ein Rahmen gesetzt unter dem die Stadt entsprechende Präventionsketten aufbauen und fehlende Glieder vervollständigen kann. Hierbei sei es aber auch wichtig, die Zielgruppe nicht nur auf Kinder und Jugendliche zu beschränken sondern alle Altersgruppen und Themenbereiche wie Senioren und Menschen mit Behinderung einzubeziehen. Zukünftig wird man sich Gedanken machen müssen, wie man Ressourcen bündeln, Dopplungen vermeiden und die Aufgaben zielgerichteter gestalten kann. Durch Einrichtungen wie beispielsweise die Erziehungsberatung vor Ort in Puchheim, kann auch ein Austausch über die Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger stattfinden. Gemeinsam können dann Entwicklungen angestoßen werden, basierend auf die Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen. Herr Tönjes merkte an, dass es bereits Entwicklungen in diese Richtung geben würde, wie beispielsweise im Projekt „Jugendamt vor Ort“. Hier sei das Jugendamt auf die einschlägigen Institutionen vor Ort zugegangen und habe bereits Kontakt aufgenommen. Besonders gut habe dies naturgemäß innerhalb der Räumlichkeiten in der Boschstraße funktioniert, was wiederum den Mehrwert der räumlichen Nähe zeige. Aber auch die Zusammenarbeit mit der Jugendsozialarbeit an den Schulen, dem Zap und dem Quartiersbüro funktioniere bereits. Wichtig sei es, nicht nur als Institution sondern auch als Person bekannt zu sein, denn Vertrauen entwickle sich über Personen. Dies ermögliche den schnellen Kontakt zur Klärung eines Sachverhaltes. Damit diese Rahmenbedingungen aber gegeben sind, muss auch die Stadt eine Verbindlichkeit dieser Vernetzung schaffen. Es gäbe auch Pläne, so Herr Tönjes, zur Entwicklung eines Forums für den Bereich Familie und Jugend, bei dem alle Akteure aus diesem Bereich an einen Tisch geholt werden und über themenspezifische Entwicklungen diskutiert wird. Ein ähnliches Vorgehen gebe es bereits durch den Runden Tisch der Senioren. Die Vielfalt an Angeboten zeichne Puchheim aus, jetzt gelte es, aus dieser Vielfalt einen vielfältigen Gewinn für das Gemeinwesen zu schöpfen. StRin Wiesner kam noch einmal auf die bisherigen Mietkosten der Erziehungsberatungsstelle zurück und erkundigte sich, ob die aufgeführten Mietkostenzuschüsse der Stadt Puchheim zur Erziehungsberatungsstelle monatlich oder jährlich zu zahlen gewesen seien. Herr Kulzinger antwortete,

dass die Kosten pro Jahr zu zahlen gewesen wären und bei Einrichtung der Außensprechstunden entfallen. Abschließend fasste der Sozialausschuss folgenden

Beschluss

1. **Der Sozialausschuss stimmt der Einrichtung von Außensprechstunden in Puchheim durch die Erziehungsberatungsstelle Fürstenfeldbruck zu.**
2. **Die Stadt Puchheim stellt einen geeigneten Raum und angemessene Büroausstattung zur Verfügung.**
3. **Die Mitfinanzierung der bisherigen Räume für die Erziehungsberatung in Gröbenzell entfällt.**

Abstimmungsergebnis: Ja 9 Nein 0 Anwesend 9 Befangen 0

TOP 4 Beratungsangebot der Fachstelle für pflegende Angehörige

Frau Weyland stellte Frau Hack, die Ansprechpartnerin für Puchheim der Fachstelle für pflegende Angehörige vor. Die auch in Puchheim zu beobachtende Entwicklung des Verbringens des Lebensabends im eigenen Zuhause statt in einer Pflegeeinrichtung führe dazu, dass dem Thema der Pflegeberatung immer wichtiger wird. Im Rahmen der offenen Seniorensprechstunde, so Frau Weyland, sei ebenfalls zu sehen, dass Personen sich erst mit dem Thema der Pflege auseinandersetzen, wenn der konkrete Fall bereits eingetreten ist. Bei Anliegen zum Thema Pflege stelle die Fachstelle für pflegende Angehörige ein wichtiges Bindeglied zwischen den pflegenden Angehörigen und den Pflegeeinrichtungen dar. Zudem kann die Fachstelle auch eine Pflegeberatung durchführen. Um den Menschen in Puchheim einen persönlichen Ansprechpartner zum Thema Pflege zu bieten, sei es wichtig, die Fachstelle wieder mit einer Außensprechstunde in Puchheim zu etablieren. Frau Weyland übergab dann das Wort an Frau Hack. Frau Hack stellte zu Beginn die Fachstelle für pflegende Angehörige vor. Die Fachstelle biete Beratung zum Thema Pflege an, sie unterstütze bei Anträgen und versuche, Helfer und Betreuungskräfte in die betroffenen Familien zu vermitteln. Schulungen für die Betreuungskräfte führt die Fachstelle für pflegende Angehörige selbst durch, eine solche Schulung zur Betreuung von Menschen mit Demenz oder Pflegebedarf wäre zukünftig auch in Puchheim möglich, wenn Interesse besteht. Aktuell sei es allerdings schwer, engagierte Personen zu finden, die bereit sind an Schulungen teilzunehmen um anschließend Pflegebedürftige betreuen zu dürfen. Die Fachstelle biete außerdem Schulungen für pflegende Angehörige mit dem Ziel „Hilfe zum Helfen“ an, insbesondere für Angehörige von demenziell Erkrankten.

Das Beratungsangebot der Fachstelle für pflegende Angehörige ist kostenlos und kann auch als Hausbesuch durchgeführt werden. Einmal monatlich bietet Frau Hack eine Angehörigengruppe in Puchheim an, dies ist ein Gesprächskreis für Personen, die dementiell Erkrankte pflegen. Der Vorsitzende merkte an, dass die vorgeschlagene Dauer der Sprechstunde mit 1,5 Stunden im Monat eher

gering veranschlagt sei. StRin Gigliotti erkundigte sich, wie groß die Angehörigengruppe in Puchheim sei, die von Frau Hack pro Monat beraten wird. Frau Hack erklärte, dass dies ungefähr zehn Personen seien. Hierfür, so StRin Gigliotti, wären die vorgeschlagenen Stunden sehr gering. Frau Hack erklärte, dass es ihrer Erfahrung nach Sinn machen würde, erst einmal langsam einzusteigen und zu warten, bis das Angebot bekannt wird. Sollte die Zeit dann nicht ausreichen, wäre es möglich, noch einmal über die zeitlichen Möglichkeiten zu sprechen. Aktuell würden auch ihre Zeitkapazitäten nicht für mehr ausreichen, so Frau Hack. Sie wies zudem noch darauf hin, dass es Vertreterregelungen geben würde, die Sprechstunde also immer durchgeführt werden könne. StRin von Hagen erkundigte sich nach dem geeigneten Arbeitsplatz, der für die Sprechstunde zur Verfügung gestellt werden müsse. Herr Kulzinger erklärte, dass es bereits verschiedene „Satelliten-Angebote“ und Fachstellen im Amt für Soziales geben würde wie beispielsweise die Fachstelle Wohnen oder die gerontopsychiatrische Fachberatung. Hier werde man die Angebote so zeitlich einplanen, dass alle Angebote ein gemeinsames Büro ohne Überschneidungen nutzen könnten, demnach ist hier kein zusätzliches Inventar oder Räumlichkeiten im Rahmen der Einrichtung nötig. StRin Ostermeier merkte an, eine einmal monatlich stattfindende Sprechstunde sei tatsächlich knapp bemessen. Wenn ein Pflegefall eintrete, könne häufig nicht ein Monat gewartet werden. Frau Hack antwortete, dass Menschen aus Puchheim auch nach Eichenau kommen könnten. Hausbesuche seien ebenfalls möglich. StRin Ostermeier betonte, dass diese Möglichkeit dann auch beworben werden muss. StR Hoiß nahm Bezug auf die Frage von StRin von Hagen zu dem einzurichtenden Arbeitsplatz, hier sei ihm die Beschlussvorlage zu flexibel formuliert. Er erbitte sich im Voraus klarere Angaben. Herr Kulzinger erklärte, dass die Sprechstunde zukünftig in der Boschstraße stattfinden solle. Die Gruppe „Angehörige von demenzkranken und pflegebedürftigen Menschen treffen sich“, so Frau Hack, würde weiterhin im ZAP verbleiben. StRin Eger meldete sich zu Wort und verwies auf das Angebot der VDK, die ebenfalls Beratung und Unterstützung bei Anträgen leisten, beispielsweise bei Anträgen zum Pflegegeld. Frau Hack warf ein, dass nicht jeder ein Mitglied beim VDK sei und die Mitgliedschaft etwas koste. Die Angebote der Fachstelle für pflegende Angehörige seien kostenlos. Der Sozialausschuss fasst im Anschluss folgenden

Beschluss

1. Der Sozialausschuss beschließt die Einrichtung von Außensprechstunden der Fachstelle für pflegende Angehörige in Trägerschaft des Caritas Zentrum Fürstenfeldbruck , jeweils einmal im Monat in einem Umfang von 1,5 Beratungsstunden, entsprechende Haushaltsmittel sind bereitzustellen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen geeigneten Arbeitsplatz und dienstlich notwendiges Inventar für die Durchführung des Angebotes zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: Ja 9 Nein 0 Anwesend 9 Befangen 0

TOP 5 Aktionsplan Inklusion (Mobilität) - Barrierefreiheit in Puchheim

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Behindertenbeirats, Herrn Dr. Ullmann, stellte Frau Weyland diesen Tagesordnungspunkt mittels einer Präsentation vor. Zu Beginn ging Frau Weyland auf den Schwerpunkt der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ein, dessen Priorisierung durch Initiative des Behindertenbeirats entstand. Anhand der Behindertenstrukturstatistik des Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) berichtete Frau Weyland über die Hintergründe zum Thema Inklusion in Puchheim. So steige beispielsweise mit zunehmendem Alter die Anzahl an Personen mit einer Behinderung. Der demografische Wandel spiele somit auch im Bereich der Inklusion eine wichtige Rolle. Insgesamt 722 Personen besitzen in Puchheim aufgrund einer starken Einschränkung ihrer Mobilität einen Schwerbehindertenausweis. Somit, so Frau Weyland, ist die Zugänglichkeit des öffentlichen Raums ein wichtiger erster Schritt im Sinne der Inklusion. Der Landkreis Fürstentumbruck habe zum Thema Inklusion im Juni 2017 einen Aktionsplan mit Handlungsempfehlungen herausgebracht, wobei die Umsetzung und Ausgestaltung der jeweiligen Maßnahmen in vielen Bereichen den Kommunen obliegt. Der Behindertenbeirat der Stadt Puchheim habe sich bereits sehr früh Überlegungen zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention innerhalb der Stadt gemacht. Insbesondere die Themen der Bewusstseinsbildung, Mobilität und Wohnen habe sich der Behindertenbeirat dabei als zentrale Themen gesetzt. Zu diesem Punkt übergab Frau Weyland das Wort an Herr Dr. Ullmann, den Vorsitzenden des Behindertenbeirats. Der Behinderten- und der Seniorenbeirat, so Herr Dr. Ullmann, habe im Jahr 2013 den Wegweiser für Menschen mit Behinderung entwickelt, der barrierefreie Zugänge zu Geschäften, Restaurants, Öffentlichen Einrichtungen und Ärzten aufführt und Menschen dadurch einen selbstbestimmten Zugang ermöglicht. Der Wegweiser sei online verfügbar. StR Hoiß warf ein, dass es wichtig wäre, die Beschreibung der Zugänge zu aktualisieren und auf Richtigkeit zu überprüfen. Herr Dr. Ullmann erklärte, dass der Wegweiser mittlerweile aktualisiert und eventuelle Veränderungen mit aufgenommen wurde. Der Beirat führe außerdem, so Herr Dr. Ullmann, die bestehenden Behindertenparkplätze in der Stadt Puchheim auf. Zudem organisiere der Behindertenbeirat einmal jährlich die Veranstaltung „Mobilität für Alle“, bei der sich zum Thema Barrieren in Puchheim ausgetauscht wird. Die Veranstaltung sei öffentlich und alle Anwesenden herzlich eingeladen. Es sei angedacht, zukünftig im Anschluss an diese Veranstaltung ein Treffen zwischen dem Beirat und der Verwaltung anzusetzen, um die bei der Veranstaltung geäußerten Hinweise auf Barrieren zu überprüfen und zeitnah umzusetzen bzw. zu priorisieren.

Frau Weyland präsentierte dann den aktuellen Sachstand zur Umsetzung der Maßnahmen im Bereich der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Bei den Begehungen, die gemeinsam mit dem Behindertenbeirat bzw. mit Mitgliedern des Behindertenbeirats im September 2018 und im Mai 2019 stattfanden, wurden Bereiche, die Barrieren darstellen identifiziert und gemeinsam mit den Verbesserungsvorschlägen aufgenommen. Die Vorschläge beziehen sich dabei auf die jeweiligen Bedarfe der Menschen mit Behinderung. Kleinere Maßnahmen wie beispielsweise Sichtstreifen an den Treppenaufgängen an der Mittelschule am Gernerplatz seien bereits umgesetzt worden. Größere Maßnahmen werden im Rahmen von Neuüberplanungen berücksichtigt. Eine Maßnahme, die sich seit der ersten Begehung bereits in der ersten Planungsphase befindet, sei die Neupflasterung von Teilbereichen des

Friedhofs Schopflach. Hier fanden im Rahmen der zweiten Begehung bereits Gespräche zur konkreten Umsetzung der Verbesserungsvorschläge statt. Für die Planung der Begehungen habe sich bereits ein Arbeitskreis, bestehend aus Mitgliedern des Behindertenbeirats sowie Mitarbeitern des Bauamts und des Sozialamtes gebildet.

Man sei also bereits auf einem guten Weg, führte Frau Weyland aus. Was noch anstehen würde, wäre eine Verstetigung der Begehungen um den Sachstand beim Abbau der Barrieren regelmäßig zu überprüfen. Hierzu gehöre es auch, über dieses Vorgehen zu berichten, um die Öffentlichkeit zu dem Thema Inklusion und Abbau von Barrieren zu sensibilisieren. Zudem gehöre es zu dem Abbau der Barrieren im öffentlichen Raum auch, Veranstaltungen so weit wie möglich barrierefrei zu gestalten. Dafür wäre die Entwicklung einer Checkliste notwendig, die es dann möglichst allen Personen ermöglichen sollte, an öffentlichen Veranstaltung teilnehmen zu können. StRin Gigliotti merkte an, dass es im Bereich der Bildung mit dem Thema Inklusion nach wie vor schlecht aussehe. Sie berichtete von einem Fachtag zum Thema Inklusion an den Schulen, bei dem berichtet wurde, dass Finnland an dem Bau von behindertengerechten Schulen arbeite und auf die Freiwilligkeit der Schulleitungen bei der Umsetzung von Inklusion an den Schulen setze. Hier gehe das Thema der Inklusion am besten voran. Im Gegenzug werden in Bayern vom Kultusministerium aktuell Anträge auf Inklusionsschulen abgelehnt, weil es nicht ausreichend Lehrpersonal gibt. Herr Dr. Ullmann bestätigte dies und erwähnte, dass neben dem Thema der Barrierefreiheit auch eine Reihe weiterer Bereiche im Aktionsplan des Landkreises Fürstfeldbruck aufgeführt werden, unter anderem der Bereich Bildung. Herr Dr. Ullmann bedankte sich anschließend bei allen Beteiligten und insbesondere dem Bürgermeister dafür, dass man das Thema Inklusion bereits auf den Weg gebracht habe. Dies sei im Landkreis nicht selbstverständlich. Er ging darauf ein, dass er sich für das weitere Vorgehen eine Zusammenstellung der Barrieren wünsche, anhand der in der Stadt überprüft werden könne, wo welche Barrieren bestehen. Kleinere Maßnahmen könnten dann mit geringen Kosten im Rahmen der regelmäßigen Instandhaltung umgesetzt werden. Zukunftsweisend, so Herr Dr. Ullmann, wäre es zudem, den Behindertenbeirat bei den städtischen Planungen einzubeziehen. Ziel der Beiräte sei es, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Herr Dr. Ullmann hoffe diesbezüglich weiterhin auf offene Ohren von Seiten der Stadt. Der Vorsitzende bestätigte die Bereitschaft der Stadt und der Stadtverwaltung, die Anregungen und Sorgen ernst zu nehmen und umzusetzen. Der Bereich der Inklusion sei ein großes Lernfeld, welches von Seiten der Stadt, der Stadtverwaltung und des Beirates miteinander bearbeitet werden muss. Es brauche die Unterstützung, die Expertise und auch die Betroffenheit des Beirates um auf Hindernisse aufmerksam zu machen, die für Menschen mit Behinderung eine Barriere darstellen. Daher seien auch die gemeinsamen Begehungen wichtig. Der Vorsitzende ging anschließend auf die Rückmeldung von StRin Gigliotti zum Thema Inklusion im Bereich der Bildung ein, die Stadt habe sich aktuell einen Schwerpunkt in Richtung „Hardware“ gesetzt. Dies sei wichtig, um die Zugänge für Alle zu ermöglichen. Diesbezüglich sei die Stadt einen ganzen Schritt weiter als andere, auch wenn aktuell die vielen Baustellen noch keine Erleichterung brächten. Die frühzeitige Einbindung in Planungen sei ein schwieriger Bereich, fuhr der Vorsitzende fort, denn zu Beginn muss erst einmal eine Planung stehen über die man im Anschluss gemeinsam diskutieren könne. Dann sei es jedoch Usus, die Beiräte einzubeziehen. Von Seiten des Vorsitzenden bestehe die Bereitschaft für eine Zusammenar-

beit und auch die Verwaltung sei diesbezüglich instruiert. StR Wuschig erkundigte sich nach den Chancen für eine Umgestaltung des zweigeteilten Bürgersteigs in der Lochhhauserstraße. Der Vorsitzende erwiderte, dass im Planungs- und Umweltausschuss beschlossen wurde, in Bezug auf die Lochhhauserstraße in eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme zu gehen. Über eine Gesamtkonzeptionierung könne dann ein solcher Bereich bearbeitet werden.

Beschluss

1. Der Sozialausschuss nimmt den Sachstand zu den Maßnahmen zum Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum zur Kenntnis
2. Der Sozialausschuss beschließt eine Weiterführung der Maßnahme „Ortsbegehung“ unter Einbeziehung des Behindertenbeirats.
3. Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Entwicklung einer Checkliste für barrierefreie Veranstaltungen.

Abstimmungsergebnis: Ja 9 Nein 0 Anwesend 9 Befangen 0

TOP 6 Sachstandsbericht Kindertagesbetreuung und Schulen

Herr Kulzinger berichtete, mit der Fertigstellung vom Kinderhaus II Wohnpark Roggenstein seien ab dem Jahr 2020 insgesamt 1460 Plätze im Bereich der Kinderbetreuung vorhanden. Diese schlüsselten sich auf in 1006 Kindergartenplätze, 269 Krippenplätze und 185 Hortplätze. Bei den Krippen gibt es aktuell 157 Anmeldungen bei 146 zu vergebenden Plätzen. Aktuell seien noch elf Eltern auf der Warteliste, wobei laut tagesaktuellem Stand zwischen acht und neun Krippenplätze frei wären, da Eltern momentan noch Plätze in mehreren Einrichtungen belegt hätten, sich aber für eine Einrichtung entscheiden müssten. Ab Anfang 2020 wird mit Fertigstellung des Kinderhauses im Wohnpark Roggenstein eine weitere Krippengruppe zur Verfügung stehen. Obwohl es hierfür bereits Anmeldungen von Geschwisterkindern gebe, würde die Stadt dieses Jahr in Bezug auf Krippenplätze besser dastehen als im letzten Jahr. Nach wie vor sei die Personalsituation allerdings angespannt, so konnten in diesem Jahr zwei Krippengruppen aufgrund von fehlendem Personal nicht aufmachen.

Im Kindergartenbereich sehe es hingegen sehr gut aus, aktuell können alle Kinder untergebracht werden und es gebe sogar noch freie Plätze, die aber im Laufe des Jahres durch bereits gemeldeten Zuzug gefüllt werden. Anschließend ging Herr Kulzinger auf das Sonderthema der Schulrücksteller ein. Die neue Regelung sehe vor, dass Eltern deren Kinder innerhalb der Korridormonate Juli, August und September sechs Jahre alt werden, entscheiden können ob sie ihr Kind in die Schule schicken oder zurückstellen lassen. Die Eltern müssten dementsprechend bis zum 01.06.19 entscheiden, ob ihr Kind eingeschult werden soll. Zusätzlich, so Herr Kulzinger, gibt es auch klassische Schulrücksteller,

die ein Jahr länger im Kindergarten bleiben. Im aktuellen Schuljahr 2019/2020 waren von den 38 Schulrückstellern insgesamt 26 Kinder sogenannte „Korridorkinder“. Im Vergleich zu anderen Kommunen, so Herr Kulzinger, gebe es in Puchheim eine relativ hohe Rückstellerquote, die sei zum Teil durch den hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund zu erklären sei. Durch die freie Entscheidung der Eltern über eine Schulrückstellung ihrer Kinder wird auch die Bedarfsplanung für den Bereich der Krippen und Kindergärten erschwert, da die Elternentscheidung nicht prognostizierbar sei. Dies insbesondere da die Anmeldungen für den Kindergartenbereich bereits im April gelaufen sein muss, die Eltern sich aber laut der Korridorregelung bis Mai entscheiden können, ob ihr Kind eingeschult wird oder weiterhin einen Kindergartenplatz benötigt. Dies werde mit einem entsprechenden Puffer bei der Bedarfsplanung der Kindergartenplätze berücksichtigt. StRin von Hagen fragte nach, warum die Frist für die Entscheidung der Eltern zur Einschulung oder Rückstellung der Kinder so lang sei. Keine Kindertagesstätte könne so agieren. Herr Kulzinger entgegnete, dass das Schulamt die Frist wegen der Klassenplanung möglichst spät setze, während die Kindergärten aufgrund der Personalplanung ihre Frist möglichst früh lege und es daher zu dieser Lücke komme, die in Bezug auf die Planungen eine Herausforderung darstelle. Herr Tönjes warf ein, dass es in der nächsten Zeit ein Gespräch des Städtetages mit den Spitzenpolitikern aus dem Bereich des Landtages geben würde, in dem versucht wird zu erklären, wie sich eine solche Entscheidung auf die praktische Umsetzbarkeit in den Kommunen auswirken. Herr Tönjes hob hervor, dass die Stadt Puchheim aufgrund der Planungen von Herrn Kulzinger sehr gut auf die Thematik der Korridorkinder vorbereitet gewesen sei. Herr Kulzinger ergänzte, dass die 26 Korridorkinder nicht nur ein Jahr länger einen Kindergartenplatz in Anspruch nähmen, sondern ein Jahr später zu bereits geplanten Klassen stoßen. Hier könnten bereits 2-3 Kinder mehr den Unterschied ausmachen, der dazu führt dass eine Klassenteilung vorgenommen werden muss und dadurch eine zusätzliche Klasse benötigt werden würde. Multipliziere sich dies über die Jahre, wird die Planung immer unsicherer. Herr Kulzinger stellte anschließend die Verteilung der Schulrücksteller vor, so kommt mit 24 Schülern ein Großteil aus der Grundschule Süd, was auf das Thema des Sprachstandes verbunden mit dem Migrationshintergrund hinweist. Zu dem Bereich der nachschulischen Betreuung berichtete Herr Kulzinger, dass es erfreulicherweise in diesem Jahr keine Warteliste im Hort geben würde. Hier spiegle sich wieder, dass eine ansprechende Gestaltung des Ganztagsangebots sowohl pädagogisch als auch räumlich im Rahmen der Erweiterung der Grundschule am Gernerplatz von den Eltern angenommen wird. Dies verdeutlichen auch die steigenden Anmeldezahlen im Ganztagsbereich am Gernerplatz.

Die Mittagsbetreuung an den Schulen werde weiterhin gut in Anspruch genommen, zwar gebe es aktuell weniger Kinder die das Angebot nutzen würden, dies sei aber an den Schulen auf unterschiedliche Gründe zurückzuführen: an der Grundschule in Puchheim Ort wird es ab dem kommenden Schuljahr ein offenes Ganztagsangebot geben, an der Grundschule Süd geht der Trend ebenfalls in Richtung Ganztagsklasse. Hier prognostizierte Herr Kulzinger, dass sich zukünftig für die Grundschule Süd Diskussion über die Entwicklung eines offenen Ganztages abzeichnen würden. An der Grundschule Gernerplatz, so Herr Kulzinger, sei ebenfalls für die Mittagsbetreuung geringere Anmeldungen zu verzeichnen. Dies liege zum einen daran, dass weniger Schüler an der Schule sind und mehr Schüler den Ganztags besuchen.

Der Anbieterwechsel für den Mittagstisch wurde dem Sozialausschuss bereits vorgestellt, falls es hierzu Fragen von Seiten der Eltern geben sollte, auch was den Bereich Bildung und Teilhabe angeht, stehen die Mitarbeiter des Amtes für Soziales zur Verfügung. StRin von Hagen erkundigte sich, warum es an der Grundschule Gernerplatz mit der Einführung der Ganztagsklasse im Schuljahr 2017/18 keinen deutlicheren Einbruch der Schülerzahlen für die Mittagbetreuung gegeben habe. Herr Kulzinger gab zurück, dass es damals noch mehr Schüler an der Grundschule gegeben habe und sich der Einbruch der Zahlen entsprechend relativiere. Auch die individuellen Anmeldungen variieren von Jahr zu Jahr. Betrachte man aber die Anmeldungen für die Ganztagsklassen, wird deutlich, dass eine Zunahme zu verzeichnen ist. Dies zeige sich auch an den Zahlen der nachschulischen Betreuungsquote, so sind aktuell 78% der Kinder in Puchheim in einer nachschulischen Betreuung, im Freistaat allgemein liege die Betreuungsquote bei 54,6%. Hier sei Puchheim bereits gut aufgestellt, insbesondere im Hinblick auf den gesetzlichen Betreuungsanspruch auf Ganztagschule der voraussichtlich ab 2025 gültig werden wird und bei dem von ca. 80% der Eltern ausgegangen wird, die einen Bedarf anmelden werden. Aufgeschlüsselt zeige sich, dass mit jeweils 35% und 34% der gebundene Ganztags- und die Mittagbetreuung präferiert werde. Der offene Ganztags biete aktuell 11% der Kinder eine nachschulische Betreuung und der Hort 20%. Auf die Frage von StRin Gigliotti, wie die gebundenen Ganztagsklassen an den Schulen in Puchheim verteilt seien, erwiderte Herr Kulzinger, dass es an der Grundschule Süd mittlerweile acht gebundene Ganztagsklassen geben würde und am Gernerplatz vier. Zu den Schülerzahlen erläuterte Herr Kulzinger, dass es an den Grundschulen insgesamt im kommenden Schuljahr 32 Schüler weniger geben würde. Gleichbleibend sind die Klassengrößen und der Migrationsanteil. Obwohl es in Puchheim Nord in diesem Jahr zu einer Entspannung gekommen ist, wies Herr Kulzinger darauf hin, dass es in Puchheim Ort keine Veränderung der Schülerzahlen gegeben habe. Eine weitere Klasse sei dazu gekommen und die Räumlichkeiten an der Schule seien aktuell voll belegt. Bei den Einschulungszahlen verwies Herr Kulzinger auf die Prognosen zur Schülerzahlentwicklung, hier sei aktuell eine Entspannung der Schülerzahlen zu verzeichnen, ab dem Jahr 2023 sei allerdings wieder mit einem Anstieg zu rechnen. Die Mittelschule Puchheim wird aktuell von 428 Schülern in 28 Klassen besucht, ca. 60% der Schüler an der Mittelschule stammen aus Puchheim.

StRin Ostermeier regte in Bezug auf den Personalmangel im Krippenbereich an, dass die Vorpraktikanten von der Kommune bezahlt werden könnten. In anderen Kommunen würde dies bereits umgesetzt werden, mit der positiven Wirkung dass sie nach der Ausbildung wieder gerne an den Ort zurückkommen würden. StR Hoiß äußerte, dass seiner Meinung nach dies nur in Kommunen umsetzbar sei, bei denen die Kommune auch Träger der Kindertageseinrichtungen sei. Der Vorsitzende erläuterte, dass bereits für den Hort der AWO eine solche Kooperationsvereinbarung getroffen wurde. Im Kindergartenbereich wird dies bei einer Stelle ebenfalls umgesetzt, ein weiterer Platz wurde angefragt. Herr Tönjes ergänzte, dass bei dem KiTa Finanzierungsmodell bislang die Frage ungelöst ist, wie eine zusätzliche Finanzierung über die Basisfinanzierung hinaus aussehen könnte. Hier wäre es eine Möglichkeit, dass die Stadt die Kindertagesstätten, die in die Ausbildung investieren, über den Qualitätsfonds belohne. Zudem sei die Ausbildung zukünftig mit einem Ausbildungsgeld ausgestattet. StRin Gigliotti ergänzte, dass die Stadt München die freiwillige Zulage für die städtischen Einrichtungen er-

hört hat, um dadurch die sozialen Einrichtungen personell besser ausstatten zu können. Sie bedauere, dass der Stadtrat diese Möglichkeit 2015 abgelehnt hat. Der Vorsitzende wies darauf hin, dass das Geld alleine die Probleme nicht lösen würde. Hier sei an vielen Stellschrauben zu drehen, die Ausbildung sei sicherlich ein Thema, ebenso wie die Dauer. Wenn mit Geld gearbeitet wird, löse dies eine Konkurrenz unter den Kommunen aus. StRin Strobl-Viehauser legte dar, dass es wichtig sei, einen Anreiz zu schaffen, sei er finanzieller oder anderer Art. Die Wohnungen über dem Kinderhaus Wohnpark Roggenstein seien hierfür ein Beispiel. Olching, Gröbenzell und Eichenau würden allerdings eine Zulage bieten. Der Vorsitzende erwiderte, dass die Erfahrung gezeigt habe, dass die Ballungsraumzulage das Problem nicht löse. StRin von Hagen führte auf, dass der Wohnraum ein Thema für die Gewinnung von Fachkräften im Kinderkrippenbereich sei, ebenso wie die Erreichbarkeit der Einrichtung. Auch die Stadt München suche immer wieder Personal, obwohl die freiwillige Zulage gezahlt werde. StRin Gigliotti wies auf die Gehaltsstrukturen im sozialen Bereich hin, ihrer Meinung nach würde eine Zulage einer von vielen Bereichen sein, um Fachkräfte zu binden. StR Hioß wies auf die rechtliche Situation hin. Der Vorsitzende wies auf die Zuständigkeiten hin, das Gehaltsgefüge im Erziehungsbereich sei prekär, es sei aber nicht Aufgabe der Kommune dies zu glätten. Vielmehr sind die Tarifparteien und der Gesetzgeber in der Verantwortung.

TOP 7 Mitteilungen und Anfragen

Herr Kulzinger gab bekannt, dass das Ferienprogramm des Jugendzentrums kurze Zeit nach Veröffentlichung völlig ausgebucht war und die Verwaltung die hohe Nachfrage beobachten werde. Insgesamt werden 21 Tage der Sommerferien mit unterschiedlichen Projekten abgedeckt. Neben drei Wochenprojekten gibt es unterschiedliche Tagesprojekte (9:00-16:0h0), zusätzlich kommt das Spielmobil des KJR auf die Bürgertreffswiese und auch der neue Skaterpark wird vom Jugendzentrum bespielt.

Der Vorsitzende beendete den öffentlichen Teil der Sitzung des Sozialausschusses um 20:05 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl

Martin Kulzinger

Erster Bürgermeister